

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 28 (1987)  
**Heft:** 24

**Artikel:** Keine Alternative zur Reform  
**Autor:** Pozsgai, Josef  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094061>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Unser Mitarbeiter Dr. Joseph Pozsgai befand sich diesen Herbst als Gast der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua auf einer von ihm organisierten Reise in China, wo er die fünf grössten Städte und etliche Landwirtschaftsbetriebe besucht hat. Obwohl er zuvor schon mehrmals in diesem Land gewesen war und seine Entwicklung mit besonderem Interesse verfolgt hatte, war er diesmal doch verblüfft über das Ausmass der Wandlung, die der Reformkurs bereits bewirkt hat. Wir bringen heute den ersten von drei Berichten, die er für ZeitBild über das neue China verfasst hat.

## Keine Alternative zur Reform

Wer Chinas Grossstädte vor fünf, sechs Jahren gesehen hat, erkennt sie heute kaum wieder. Überall hat sich das Strassenbild total verändert. Die trostlose blaugraue Menschenmenge hat sich in ein farbenprächtiges, heiter-optimistisches Gewimmel verwandelt. Die westliche Mode ist unaufhaltsam auf dem Vormarsch. Der Pariser Modeschöpfer Pierre Cardin ist auch in Peking mit einer Firma präsent. Auf den Hauptstrassen, wo früher nur Radfahrer und Fussgänger und kaum Personenwagen zu sehen waren, kommt es heute täglich mehrmals zu Autostaus – auch auf Pekings sehr breiten Boulevards. Und wo vor paar Jahren nur wenige staatliche Verkaufsläden zu sehen waren, stehen heute kilometerlang kleine, meist noch sehr ärmliche Privatgeschäfte der Händler und Handwerker, dazwischen Garküchen, und alles hat einen lebhaften, basarähnlichen Charakter. Der Marktsozialismus und der Kleinkapitalismus blühen. Die Chinesen haben sichtbar wieder mehr Lust am Leben.

Die Reform- und Öffnungspolitik hat nicht nur die Dörfer, sondern nun mit einigen Jahren Verspätung auch die Städte ergriffen. Längst ist die ewige Verorgungskrise passé. Es besteht sogar ein Überangebot, nicht nur auf den mittlerweile riesiggrossen freien Märkten, sondern auch überall auf den Strassen.

Es herrscht eine regelrechte – für den Besucher spürbare – Aufbruchstimmung, vergleichbar mit Deutschland nach der Währungsreform. China wirkt heute nach aussen wie «die grösste Baustelle der Welt», und eine Rückkehr zum alten System scheint kaum mehr vorstellbar, auch wenn einige Millionen Parteifunktionäre, hauptsächlich auf mittlerer und unterer Ebene, bestimmt noch immer diese Hoffnung hegen.



Sein Reformkurs bleibt auch nach seinem Rücktritt in Kraft: Deng Xiaoping.

Man kann die Feststellung wagen, dass die Wiederherstellung des maoistisch-sowjetischen Staatsmodells – auch nur halbwegs – politisch wesentlich riskanter wäre als ein beschleunigtes Tempo auf dem Reformweg, wie es Chinas eigentlicher politischer Führer, der greise Deng Xiaoping, jetzt Ende Oktober auf dem 13. Parteitag in Peking empfohlen und auch durchgesetzt hat.

Dengs Politik der Modernisierung und Öffnung, die noch bei weitem nicht vollständig in die Praxis umgesetzt wurde, hat das Leben der Chinesen aber bereits schon seit 1978 derart verbessert, dass es keinesfalls übertrieben erscheint, von einer sensationellen Entwicklung zu sprechen. Unsere chinesischen Gesprächspartner in Peking waren mit Recht sehr stolz darauf.

Im Westen ist nur wenig bekannt, dass Pekings neue Öffnungspolitik jetzt einer mehr als hundertjährigen Diskussion in China ein Ende gesetzt hat.

Nach den chinesischen Niederlagen in den beiden Opiumkriegen (1840, 1857) gegen die Engländer wurde für die Führungsschicht in Peking klar, dass das einst starke «Reich der Mitte» den westlichen Expeditionstruppen militärisch und waffentechnisch unterlegen war. Dies war demütigend und führte zu der bitteren Erkenntnis, dass China sich nur in dem Fall erfolgreich verteidigen könne, wenn es seine Tore für westliche Techniken öffne.

Der zivilisatorisch ähnlich isolierte feudale Ständestaat Japan stand etwa zur gleichen Zeit vor gleichen Problemen; er vollzog die Öffnung jedoch bereits in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Japan wurde bald die Hegemonialmacht im Fernen Osten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs.

In China hingegen setzte eine endlose Diskussion ein, die bis 1911, Sun Yat-sens bürgerlicher Revolution und Abschaffung des Kaisertums, andauerte. Von da an gab es zwar in China keine Schranken mehr für den Import der westlichen Industriezivilisation. Aber in den revolutionären Wirren, in die China praktisch bis zu Maos Staatsgründung 1949 verwickelt war, gab es nicht einmal vorübergehend eine ruhige Periode, um den Anschluss an Japan und die westliche Welt zu finden.

Unmittelbar vor seinem Sieg über Tschiang Kai-schek wollte Mao eigentlich nicht die Sowjetunion, sondern die USA dafür gewinnen, mit seinem neuen Staat zusammenzuarbeiten. Als US-General George Marshall 1946 versucht hatte, im chinesischen Bürgerkrieg zu



Der neue Parteichef Zhao Ziyang.

vermitteln, traf er nach einem Gespräch mit Mao dessen «rechte Hand» Tschou En-lai, der den Amerikaner mit folgender Erklärung überraschte: «Wir glauben, dass die Demokratie, die in China eingeführt werden sollte, dem amerikanischen Modell entsprechen muss. Da im heutigen China die Bedingungen, die zur Errichtung des Sozialismus notwendig sind, nicht vorhanden sind, glauben wir chinesischen Kommunisten, obwohl wir den Sozialismus theoretisch als unser Endziel ansehen, dass das Ziel des Sozialismus in unmittelbarer Zukunft nicht verwirklicht werden kann. Wenn wir deshalb erklären, wir sollten den amerikanischen Weg gehen, so meinen wir damit, uns eine Demokratie und Wissenschaft im Stil der USA anzueignen und insbesondere in diesem Land eine Agrarreform, eine Industrialisierung, ein freies Unternehmertum und die Entwicklung der Persönlichkeit einzuführen, auf dass wir ein unabhängiges, freies und wohlhabendes China errichten können.»

Doch Washington setzte auf Tschiang und brach die Kontakte zu Mao ab. Das hatte dann zur Folge, dass Mao gezwungen war, ein Gegengewicht zu Washington bei Stalin zu suchen, und 1950, auch seiner Moskauer-Reise, übernahm er das damals schon gescheiterte Sowjetmodell für den «Aufbau des Sozialismus» in China.

Das Ergebnis ist wohl bekannt. Deng Xiaoping sagte dazu kurz vor dem Parteitag vor hochrangigen Besuchern aus Osteuropa: «Früher haben wir ausländische Modelle nach China heringeholt. Die Folgen äusserten sich in der Behinderung der Produktionskräfte, in ideologischer Verknöcherung und in einer Knebelung der Initiative des Volkes.» Er ist – wie damals Mao und Tschou – der Meinung, dass China noch zu arm ist, den Sozialismus zu verwirklichen.

## Deng Xiaoping und Zhao Ziyang wollen den Ausbau des Marktsozialismus beschleunigen

Um das noch von Tschou En-lai kurz vor seinem Tod 1976 konzipierte Modernisierungsprogramm – Import westlicher Hochtechnologie, Managementmethoden und ausländischen Kapitals – zu verwirklichen, musste Deng Xiaoping die Öffnung mit den notwendigen inneren Strukturreformen als höchstes Ziel der Partei und des Staates gegen starken Widerstand durchsetzen.

Wenn die Öffnung Chinas offiziell für alle Länder der Erde, also auch für die Sowjetunion und die Ostblockländer, gilt, bedeutet dies aber noch lange nicht, dass Peking beispielsweise bereit wäre, mit diesen Ländern über den wirtschaftlichen Rahmen hinaus das alte politisch-militärische Bündnis wiederherzustellen.

Einer unserer politischen Gesprächspartner, der Chefredakteur der «Peking Rundschau», Zhang Taihuang, der mit dem neuen Parteichef Zhao Ziyang kürzlich die Ostblockländer bereiste, gab uns dazu präzise Auskunft: «In den letzten 30 Jahren ist in der Beziehung zwischen China und der Sowjetunion sehr viel geschehen. Aufgrund unserer Erfahrungen haben wir beschlossen, kein Bündnis mit einer Grossmacht oder irgendeinem Staatenblock einzugehen.»

Die Chinesen betonen heute, dass sie mit allen Ländern in Frieden leben wollen. Doch ihre Öffnung richtet sich nach Westen, Japan und nicht zuletzt nach Hongkong, wo die kapitalstärksten «Auslandschinesen» leben.

Nach offiziellen Angaben haben bisher einige tausend westliche und fernöstliche Geschäfts-

leute 6,6 Milliarden US-Dollar in China investiert und 7800 Verträge für Joint ventures (Gemeinschaftsunternehmen) sowie kooperative Projekte abgeschlossen. Der Ostblock ist dabei nicht vertreten.

Das eigentliche Grundproblem der Reform ist jedoch innenpolitischer Natur: Wie kann die Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft mit westlichen Managementmethoden umgewandelt werden, ohne die Machtstellung der regierenden kommunistischen Partei, die die Reformen von oben beschlossen hat, zu erschüttern und ohne dass der Staat seinen sozialistischen Charakter mit dem Einparteiensystem verliert?

Deng und seine Mitstreiter haben das Problem sehr clever angepackt und mit der Reform in der Landwirtschaft begonnen, wo 80 % der Bevölkerung leben. Ein Risiko gab es kaum dabei. Die Auflösung der Kommunen sowie die Aufteilung des Bodens an Familien seit 1979 kam praktisch einer Reprivatisierung der Lebensmittelproduktion gleich und zeitigte unerwartet schnell Erfolge. Jeder China-Besucher kann heute sehen, wie die ohnehin fleissigen Bauern, die unter Mao in den Grosskommunen in bitterer Armut lebten, als «Private» mit unglaublichem Arbeitseifer die städtischen Märkte mit Geflügel, Fleisch und Gemüse beliefern.

Der sozialistische Charakter der Landreform ist gewahrt, da der Boden weiterhin im Besitz des Staates ist; die Bauern müssen nur 4 % ihres Einkommens als Pacht zahlen.

Der Rest der Kommunen, die sogenannte Gemeindefabrik, baut neue Industrie- und Dienstleistungsbetriebe, beispielsweise Hotels für Inlandstouristen.

Trotz jahrelangem Widerstand der örtlichen Parteifunktionäre, die ihre Macht und Privilegien bis zuletzt verteidigten, hat sich das Leben auf dem Lande, wo die Planwirtschaft jetzt total abgeschafft ist, durch die neuen Freiheiten von Grund auf geändert. Ein Problem besteht darin, dass die Familien allzu kleine Parzellen haben. Um die weitere Entwicklung in der ausserordentlich arbeitsintensiven Landwirtschaft zu sichern, hat jetzt der Parteitag beschlossen, dass die Bauern ihre Landnutzungsrechte an andere Bauern abtreten können, also das von ihnen bebauete Land weiterverpachten dürfen. Mit dieser Massnahme will Peking erreichen, dass wieder eine rentable Ackergrösse entsteht, die auch den Einsatz moderner Landwirtschaftsmaschinen ermöglicht und die Produktion, die sich mancherorts bereits vervierfacht hat, weiter gesteigert wird. Deng: «Ohne eine stabile Lage auf dem Lande gibt es keine stabile politische Gesamtlage.»

Nach den überraschend guten Resultaten bei der Reprivatisierung der Landwirtschaft wurde in den vergangenen Jahren der Versuch unternommen, das im Agrarbereich so erfolgreiche System der «Eigenverantwortung», wie es in China heisst, in die staatliche Industrie umzusetzen. Die Erfahrungen zeigten, wie man uns in verschiedenen Betrieben und Redaktionen in Peking, Nanking und Shanghai erzählt hat, dass dazu der Rückzug der Partei aus dem be-



Neues Wohnviertel in Nanking. (Bild: Hans Ulmer)

trieblichen Industriemanagement unerlässlich sei.

Bis vor einem Jahr wurden die 400 000 Staatsbetriebe Chinas von den betrieblichen Parteikomitees geleitet. In manchen grösseren Betrieben betrug die Zahl der Mitarbeiter des Parteikomitees nicht weniger als 30 % der Gesamtbelegschaft! Ein Kostenfaktor, der in Osteuropa bei weitem nicht so hoch ist. Dieser unproduktive und meist inkompetente Teil der Betriebsführung erwies sich als grösstes Hindernis, die Firmenleitungen in qualifizierte Hände zu geben.

### Rückzug der Partei aus der Wirtschaft auf allen Ebenen

Das hat sich vielerorts bereits im vergangenen Jahr geändert. Ein europäischer Generalmanager einer Fabrik in Schanghai erzählt sehr plastisch: «Früher hatte in den Betrieben das Parteikomitee die absolute Macht und die Betriebsleitung nur ein Mitspracherecht.

Seit einem Jahr ist diese Situation umgekehrt, und das Parteikomitee ist heute nur dazu da, die fachlich qualifizierte Betriebsleitung zu unterstützen.»

Dass der neue Parteichef Zhao Ziyang jetzt auf dem Parteitag die Trennung von Partei und Regierung gefordert hat, war nun das Resultat erfolgreicher betrieblicher Experimente. Zhao Ziyang erklärte kürzlich, dass der von der zentralen Planung direkt regulierte Teil der Industrie, der jetzt nur noch 50 % ausmacht, innerhalb von zwei bis drei Jahren auf 30 % schrumpfen soll.

Deng Xiaoping, der für die weitere wirtschaftliche Entwicklung auch eine politische Strukturreform für unerlässlich hält, betont offen, dass

dies äusserst kompliziert ist und deshalb weiter daran gearbeitet wird. Wie man in China hört, ist die Aufgabentrennung von Partei und Regierung nur ein erster Schritt. Mit der politischen Reform will Deng den Widerstand der alten Parteifunktionäre brechen. Den Schwerpunkt dieser Frage bildet nach seinen Worten die Verjüngung des Durchschnittsalters der Kader, wenn es sein muss durch demokratische Abwahl.

Deng Xiaoping selbst gab jetzt ein Beispiel, als er auf dem Parteitag seinen Sitz im Ständigen Ausschuss des Politbüros aufgab und damit vier weitere Mitglieder der «Alten Garde» – teils Reformgegner – zwang, das gleiche zu tun.

Er sagt: «Wenn wir diese Reform nicht durchführen, sondern weiterhin zulassen, dass Alte und Kranke den jungen, energischen und fähigen Leuten im Wege stehen, werden nicht nur die vier Modernisierungen scheitern, sondern Partei und Staat werden in tödliche Gefahr geraten und womöglich sogar untergehen.»

Wenn Deng und Zhao es auch befürworten, dass sich die Partei aus der Wirtschaftslenkung auf allen Ebenen zurückzieht, so wollen sie jedoch keinesfalls auf das Primat der Partei in der politischen Führung verzichten. Die Erfahrungen nach Sun Yat-sens bürgerlicher Revolution 1911 haben gezeigt, dass das Riesenreich einen zentralen Ordnungsfaktor braucht, um nicht wieder ins Chaos zu stürzen. Auch begeisterte Reformhänger sind der Meinung, dass China noch lange eine starke KP benötigt, um die neue Politik im ganzen Land durchzusetzen.

### Eine politische Strukturreform ist unerlässlich

Dass eine mit diktatorischen Methoden regierende kommunistische Partei, wie die chinesische KP, die Demokratie in Staat und Wirtschaft einführen will, ist an sich paradox und noch nirgendwo erprobt. Tatsache ist jedoch, dass Chinas Führer – ohne Rücksicht auf Marx und Lenin – in unkonventioneller Weise Wege und Methoden suchen, um ihr Volk aus dem kommunistischen Wirtschaftsabenteuer und der Armut herauszuführen. Insofern sind sie mit ihren Reformen Moskau und dem Ostblock weit voraus. Der 83jährige Deng Xiaoping meint:

«Ohne Reformen gibt es keinen Ausweg für uns.» Nun steht die Frage im Raum, ob seine Nachfolger diese Politik der «faszinierenden» Experimente mit dem gleichen Mut fortsetzen werden. ■



Der Mao-Look ist in den letzten Jahren fast verschwunden. Familienpicknick in einem Park von Hangzhou. (Bild: Hans Ulmer)